Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Schlagsamstag morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halbjährlicher Zahlung im Voraus für Deutschland 2,50 M., bei halbjährlicher Zahlung ohne Vorzahlung monatlich 1 M., bei Zahlung unter Postumschlag 1,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postumschlag für 1919 eingezogen.
Verkaufsstellen: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Beratungsbüro: Kurt Rosenfeld 2806 und 2808.

Interate kosten die achteigsteil. Kompartimente oder deren Raum 75 Pf., „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leerräumzuschlag 80 Pf., bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.
Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19
Telegraphenamt: Kurt Rosenfeld 2806.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonntag, den 1. Februar 1919

Nummer 57

Gewaltmaßnahmen gegen Arbeiter.

Die Schürer des Bürgerkrieges.

In Bremen ist alles ruhig, das berichten nicht etwa nur unsere Genossen, das melden übereinstimmend die ganze bürgerliche Presse. Trotzdem organisiert die Regierung den Krieg gegen Bremen.

Man könnte fragen: mit welchem Recht? Wor diese Regierung hat ja längst aufgehört, sich um irgendwelche Rechtsgarantien zu kümmern. In Berlin hat sie, ohne den Belagerungszustand zu verkünden, ihre Schützengarnisonen in die Häuser der Arbeiter zu verlagern, als es selbst der Belagerungszustand gestattet hätte. Und wozu hätte sie das Scharrecht verkünden lassen sollen, wenn für die Verletzung Liebknechts, Rosa Luxemburgs und anderer anderer doch ein kürzerer Weg zur Verfügung stand? Jetzt wird das Berliner System auf das Reich übertragen mit denselben Mitteln und demselben Erfolg.

Die Regierung hat „verlässliche“ Truppen und sie werden immer mehr. Die Werbungen gehen ununterbrochen fort. Nicht an die Arbeiter wenden sie sich, die neuen Soldatier, die Werbeoffiziere des Kosske. An die Bürger, Studenten, Offiziere ergeht der Aufruf. Die Offiziere und Unteroffiziere sind begeistert. Sie fürchteten, daß sie überflüssig und beschäftigungslos würden, jetzt finden sie lohnende, sehr lohnende Beschäftigung. Siehen doch nicht nur die Mittel des Reiches zur Verfügung. Die Kapitalisten öffnen ihre Taschen, und zum reichlichen Lohn kann reichlicher Lohn gewährt werden. Die herrschende Arbeitslosigkeit schwindet auch für die Werbung günstige Bedingungen, und für Geld und gute nationale Worte findet sich für die Organisatoren des Bürgerkrieges genug Material. Umsonst ist ja nicht das deutsche Volk das militärisch verfeindete der Welt gewesen.

Nun gibt's einen neuen Krieg, und Herr Kosske kann neue Vorbereitungen treffen. In noch tieferer und unkontrollierter Weise hat die Regierung alle Verhandlungsversuche absichtlich vereitelt. Sie hat bewußt abgedrückt und ihre Gewalt aus der Hand gegeben zugunsten der Diktator Herr von Hertling, die sich schon in Berlin in den Tagen des Bürgerkrieges hervorgetan hat. Die Regierung hat jetzt für die Ablehnung der Verhandlungen nicht einmal einen Vorwand wie damals in Berlin, als sie die Räumung aller einzelnen Gebäude von dem Eintritt in die Verhandlungen forderte. Sie will eben keine Verhandlungen, sie will Gewalt. Dasselbe Regiment, die vor jedem Einbruch der Bourgeoisie feige zurückwich, die bei jeder Frage und bei jeder Gelegenheit den Mut zur sozialistischen Politik gefunden hat, den Arbeitern gegenüber kennt diese Regierung nur den Standpunkt der brutalen Machtpolitik. Es gibt es für sie nur die Arbeiterwerfungsstrategie des deutschen Militarismus.

Keine bürgerliche Regierung hätte der deutschen Arbeiterbewegung so viel Schaden zufügen können, wie diese sozialistische, die den Namen nur deshalb führen kann, weil sie die Regierung der Diktatur des Sozialismus ist. Denn von einer bürgerlichen Regierung hätten sich die Arbeiter eine solche Politik nie bieten lassen. Nur einer Regierung, die sich sozialistisch nennt und der die Arbeiter viel zu lange ihr Vertrauen geschenkt haben, war es möglich, einen Teil der Arbeiterklasse gegen den anderen auszuspielen und so der Reaktion wieder zur Macht zu verhelfen.

Jetzt allerdings beginnen die Arbeiter immer mehr einzusetzen, wenn die Politik führt, die die Soldatenräte annehmen wollen und dann allen Offizieren wieder die Macht einräumt, die die Arbeiterräte einflußlos macht und damit die Stellung des Anstalts befestigt, die nur die eine Sorge kennt, mit der Bourgeoisie in keinen Konflikt zu geraten.

Deshalb will die Regierung nicht verhandeln. Sie weiß, die Bourgeoisie würde die völlige Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Gewalt der Nationalversammlung. Daher dürfen die Arbeiter- und Soldatenräte zu keinem Kongress in Berlin zusammenzutreten, daher soll die deutsche Arbeiterklasse ihre Waffen ausliefern an die Soldatenräte der Bourgeoisie, die unter der Firma Ober-

Scheitern, Kosske getrieben und das gefällige Werkstück des alten Offizierskorps sind.

Noch darf man hoffen, daß die Pläne der Regierung an der Begegnung der Bremer Arbeiterklasse scheitern werden, die auch dieser Propaganda gegenüber zu hiesiges Blut bewahren muß und die Abrechnung auf eine günstigere Stunde verschoben wird.

Diese Abrechnung wird kommen, und dann wird es nicht die durch die Politik der rechtssozialistischen Führer zerstückte und zerhackte Arbeiterklasse sein, die Rechenschaft fordern wird, sondern dann wird das geeinte, zu neuer Macht erstandene deutsche Proletariat Gericht halten!

Kosskes Feldzug gegen Bremen.

Bremen, 31. Januar. Der Rat der Volksbeauftragten erhielt nachfolgende Telegramme aus Berlin:

„Herr der militärischen Aktion gegen Bremen geht aus meiner Erklärung hervor, die heute morgen in der Presse bekanntgegeben. Mögliche bringend von Überland abzugehen.“

Für Reichsregierung. Kosske.

Führer der Garde sollte verhandeln! Böding.

(Ergänzung der Kommission für das Ernährungswesen, ist im Auftrag der Bremer Regierung in Berlin zur Regelung von Lebensmittelangelegenheiten.)

Bremen, 31. Januar. Die Arbeiter- und Soldatenräte Bremerhaven und des 9. Armeekorps Hamburg sandten an die Reichsregierung Telegramme, in welchen sie gegen die nach Bremen unternommene Aktion energisch protestieren. Sie erklären, daß bei Aufnahme von Kämpfen die Folgen unabsehbar seien. Der Soldatenrat des 9. Armeekorps steht in der Befehlsbefugnis des Reiches des 9. Armeekorps eine Kriegserklärung an das 9. Armeekorps.

Offiziell bemerkt hierzu das B. V. D.: „Inzwischen einem Mitgliede des Hamburger Soldatenrats und dem Staatssekretär Kosske handlungsbefugte telephonisch eine Aussprache über die Aktion gegen Bremen statt. Nachdem Staatssekretär Kosske festgestellt hatte, daß von einer Bedrohung Hamburgs gar keine Rede sei, wurde ihm versichert, daß für den Hamburger Soldatenrat kein Einfluß vorliege, sich in die Angelegenheit einzumischen.“

Suppe bietet besonderen Schutz an.

Die Garde des Herrn Suppe, die in den ersten Wochen der Revolution eine höchst unehrerwürdige Rolle in Berlin gespielt hat und überall überflüssig war, hat sich unter Kosske, dem Sieger, ein eigenes Arbeitsfeld gefunden. Zum Dank für ihre glorreiche Verdienste bei der Niederschlagung der Soldaten, bei der Drangsalierung der Verhafteten, der Verfolgung Unschuldiger ist sie dem Regiment Reinhardt angegliedert worden und gewiß nur nach den höchsten Vorbeeren. In einem Schreiben an die Regierung wechelt sie auf ihre „gründliche Pflichterfüllung im Dienste der freien sozialistischen Republik“. Sie bittet, zum Schutz und Schirm der Nationalversammlung nach Weimar berufen zu werden. Und sie kennt den Geist der sozialistischen Herrschaft. Scheidemann ist es genau, daß sie von ihnen im Interesse der „sozialistischen Bewegung“ die unvermeidliche Schaffung eines großen einkeiligen Gezeckkörpers verlangt, der die von der Nationalversammlung gebotenen Schritte „erfolgreich“ durchführen soll. Die freiwilligen Verbände sollen den Kern dieser Gezeckmacht bilden.

Man kann den Scheidemannern zu dieser Hilfe von Herzen gratulieren. Die Sowjetergarden besteht aus aktiven Unteroffizieren. Aus deren Kreisen gingen jene Soldaten hervor, die im Friedensheer die schmutzigen und barocksten Schindereien an den unglücklichen Revolutionären verrichteten, jene mit dem Charakter, die bei jeder Menschenwürde, bei jeder anständigen Behandlung weichen. Auch im Jahre 1918 sind sie durch ihre Drangsalierungsmethoden nur Fuß und Hand. Manche ehrlichen Soldaten haben sie ins Gefängnis ins Justizhaus gebracht. Man kann den Scheidemannern zu dieser Hilfe wirklich gratulieren.

Die Berner Konferenz.

Bern, 31. Januar. Der Sitzung, welche die Delegierten zur Sozialistenkonferenz heute abhielten, wohnten über 80 Delegierte bei. Unter den Neuangeworbenen befinden sich Hugo Haase, Ramsay MacDonald (England), Troelstra (Holland), Branting erklärte, daß er von der deutschen Delegation eine Mitteilung betr. die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich erhalten habe. Die Konferenz wird sich mit dieser Denkschrift, die lebhaftest Klagen enthält, zu beschäftigen haben, aber erst, wenn alle Delegierten anwesend sind. Huxmans unterbreitete der Konferenz den Vorschlag, eine Kommission zu ernennen zur vorläufigen Diskussion der zahlreichen Gebietsfragen, die gestellt wurden. Dieser Vorschlag wurde lange diskutiert und schließlich in der Form angenommen, daß die bereits vollständig anwesenden Delegationen die Mitglieder, die sie in diese Kommission entsenden, ernennen, während die Mitglieder der französischen, belgischen und englischen Delegationen erst bezeichneter werden sollen, wenn alle Mitglieder dieser Delegationen angekommen sind. Diese große Delegation, der alle anwesenden Nationen angehören sollen, solle dann aus ihrem Schoße eine Redaktionskommission wählen. An der Diskussion beteiligten sich Ellenbogen (Österreich), Buchinger (Ungarn), Branting (Schweden), Troelstra (Holland), Müller, Kautsky und Eisner (Deutschland), Grumbach (Frankreich), Kamec (Böhmen), MacDonald (England) und Bihaut (Holland).

Aus Tokio ist ein Brief eingetroffen, demzufolge eine Delegation der japanischen Sozialistenpartei unterwegs ist.

„Diese Leute . . .“

Unmittelbar nach der gestrigen Sitzung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, die sich mit starker Mehrheit gegen die Versuche zur Vereinfachung der Aktion aussprach, sagte das offizielle Organ der Regierung, die „Politik-Parlamentarischen Nachrichten“ in einem nachdrücklichen Artikel, der geringe Besuch der Versammlung (es waren etwa 1200 Delegierte anwesend) lege die Frage nahe, „in wessen Namen eigentlich diese Leute sprechen!“

Deute steht der „Vorwärts“ die Kampagne gegen die Berliner A. und S.-Räte fort. Wenn die B. V. D. in ihrer Aufgereiztheit von der Vorbereitung eines „Putsch“ gegen die Nationalversammlung jacten, so sagt der „Vorwärts“ vorsichtiger, die Mehrheit der Berliner A. und S.-Räte habe sich von vornherein in einen „Gegensatz zur Nationalversammlung“ gestellt. Das eine wie das andere ist Unsinn und Schwindel. In der von der Mehrheit angenommenen Resolution heißt es ausdrücklich, daß eine Neuordnung Deutschlands in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Beziehung nur möglich sei, unter aktiver Beteiligung des werktätigen Volkes, das sich in den A. und S.-Räten eine der Umwälzung des Staatensystems entsprechende Vertretung geschaffen habe. Diese Formulierung zeigt, daß die Berliner A. und S.-Räte nicht an eine Diktatur der A. und S.-Räte denken und keinen „Putsch“ gegen die Nationalversammlung organisieren. Wenn sie sich aber gegen die Letztere wie gegen Regierung und Bürokratie wenden, so vor allem deshalb, weil ihre räuberische Haltung nach der Stellung, die ihre Mehrheit bereits angenommen hat, für niemand ein Geheimnis ist. In der Abwehr gegen die den Räten drohende Gefahr schließt sich alles zusammen, was noch auf dem Boden der Revolution und des Sozialismus steht.

Die Mäglichkeit, sich gegenüber diesem klaren Sachverhalt der Hinweis des „Vorwärts“ aus, der Berliner A. und S.-Rat gebe kein reines Bild von den Anschauungen der arbeitenden Massen. Die Wahlen in Groß-Berlin hätten gezeigt, daß die Mehrheit des arbeitenden Volkes von Groß-Berlin zur Mehrheitspartei stehe. Daß diese Mehrheit sehr groß gewesen ist, wird wohl auch der „Vorwärts“ nicht zu behaupten wagen. Aber abgesehen davon: wie viel „Mittläufer“ aus den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen, die aus Angst vor der Revolution mit den Scheidemannern gehen, sind unter ihren Wählern mit eingeschlossen! Schon die nähere Betrachtung der Wahlergebnisse zeigt, daß in den reinproletarischen Bezirken der U. S. B. in der Mehrheit ist. Noch mehr geht das aber aus der fortgesetzten Ver-

Wiederholung nach links hervor, die bei den Arbeiter-
räten in der Betreibung bemerkbar macht. Der „Vorwärts“ sollte
also bei der Betreibung seiner arbeitereindlichen Politik
seine Tatkraften konzentrieren lassen. „Diese Leute“, von denen
heute das Regierungskomitee so verächtlich spricht, werden sich
durch von ihren klaren, einseitlichen Zielen nicht abbringen lassen.

Kampfesweise des „Vorwärts“.

Genosse Weinberg schreibt uns:

Daß die Enthaltungen, die ich in der „Freiheit“ aus den
„Vorwärts“-Scheitlungen der politischen Polizei gemacht habe, ge-
lesen haben, beweist die Tatsache, daß der „Vorwärts“ im heuti-
gen Morgenblatt einen persönlichen Angriff gegen mich bringt,
wie er infanter und verlogen nicht gedacht werden kann. Daß
der „Vorwärts“ von dem Inhalt der von mir an das Tageslicht
gebrachten Akten keinen feinen Reiz hat, versteht sich
bei diesem Blatt von selbst. Mit Rücksicht auf den knappen Raum
der „Freiheit“ beschränkte ich mich auf folgende kurze Rückblicke:
Leider sind durch eine Hausjagd, der ich im vorigen
Jahre als „Kühnlicher des Belagerungslandes“ ausgesetzt ge-
weien bin, meine Korrespondenzen derartig in Unordnung ge-
bracht, daß es mir im Augenblick nicht möglich ist, die auf die An-
gelegenheit bezüglichen Schriftstücke herauszufinden. Ich habe
eine Veröffentlichung derselben vom ersten bis zum letzten Worte
in seiner Weise zu skizzieren.

Ich habe niemals vom Militarismus auch nur die kleinste Ge-
fährlichkeit verlangt, sondern mich ausschließlich darauf beschränkt,
gegen infame Rechtsverletzungen, die der Militarismus an mir
begangen hatte, anzukämpfen. Wegen der Einzelheiten verweise
ich auf meine bereits vor mehreren Wochen niederzuschreibenden
Erinnerungen aus meiner Militärgzeit, die in der „Freiheit“ bis-
her wegen Raummangels nicht erscheinen konnten. Zur Richtig-
stellung des Tatsachenstandes mag folgendes genügen:

Ich bin im Frühjahr 1918, trotzdem ich dienstunfähig war,
aus politischen Gründen zum Heere eingezogen worden. Ich war
selbst zugegen, als dem Truppenarzt, der mich bereits unterzucht
und dienstunfähig befunden hatte, der Befehl des General-
kommandos überbracht worden ist, man wolle doch, daß ich dienst-
unfähig sei, ich solle jedoch unter keinen Umständen entlassen
werden. Trotzdem meine Dienstunfähigkeit noch von einer gan-
zen Reihe von Militärärzten bis hinauf zu den höchsten ärztlichen
Kommissionen bestätigt worden ist, wurde ich nicht entlassen, weil
meine militärischen Geheimnisse den Befehl enthalten: „XX. B.
darf unter keinen Umständen entlassen werden!“

Da mich die Militärärzte, wie erwähnt, für dienstunfähig be-
stimmten, wurde mir in den ersten Monaten jeder militärische Dienst
verboten, so daß meine Eingliederung als eine reine Schutzhaft an-
gesehen war. Erst später wurde mir auf Befehl von Berlin eine
unangenehme Beschäftigung zuteil. Um meine wirtschaftliche
Existenz völlig zugrunde zu richten, war außerdem noch der Be-
fehl ergangen, daß ich nicht nach Berlin beurlaubt werden dürfe.

Ich durfte deshalb, trotzdem ich vor den Toren Berlins in Gar-
nison lag, anderthalb Jahre lang nicht beurlaubt werden. Als ich
trotzdem im Juni 1918 — also vor der Parteispaltung — zur
Beerdigung meiner Schwiegermutter ohne Wissen der Berliner
Instanzen einen kurzen Urlaub erhielt, trat ich im Reichstag dem
Abgeordneten Landberg. Es war dies am Tage, nachdem
Genosse Dr. Cohn meinen Fall im Reichstage zur Sprache
gebracht hatte. Ich war als Landberger aus meiner Jugendzeit
her mit Landberg bekannt und kam deshalb mit ihm in ein Ge-
spräch, wobei ich erwähnte, wie es mir beim Militär ergangen sei.

Landberg hat mich im Einzelnen über meinen Fall, ohne daß
hierbei von irgendwelchen Schritten, die er unternehmen sollte,
gesprochen wurde. Im Einverständnis mit dem Genossen Dr.
Cohn versprach ich Landberg daraufhin, ihm eine Abschrift des
von mir an Dr. Cohn gerichteten Informationschreibens zulen-
nen zu lassen. Bald darauf teilte mir Landberg mit, daß er im
Einverständnis mit dem Genossen Dr. Cohn etwas für mich unter-
nehmen habe. Da Genosse Dr. Cohn in der damaligen sozial-
demokratischen Arbeitsgemeinschaft Referent für die militärischen
Angelegenheiten war, glaubte ich, daß die Angelegenheit damit für
mich erledigt sei. Da Landberg mir wiederholt schrieb und ein
reges Interesse für meine Angelegenheit bekundete, hielt ich mich
für verpflichtet, ihn auch weiterhin über die Devisenverlagerungen,
denen ich beim Militär geschwiegen ausgesetzt war, zu unterrich-
ten, ebenso wie ich dies den Genossen Dr. Cohn und Haase
gegenüber tat. Ich habe es in der Annahme, daß dies aus persön-
lichem Wohlwollen geschehe, dankbar angenommen, daß Landberg
bei seinen Rückfragen auf dem Kriegsministerium dort aus mei-
nem Fall gelegentlich erörterte und Abschlüsse veranlaßte. Nachdem ich
bereits viele Monate außer jeder Korrespondenz mit Landberg
stand, teilte derselbe meinem Bureau telephonisch mit, daß er es

bei einer Rückfrage auf dem Kriegsministerium durchgeleitet habe,
daß mir Urlaub gewährt werde. Als mir dies durch mein Bureau
mitgeteilt wurde, habe ich selbstverständlich Landberg hierfür ge-
dankt. Der Reichsleiter des „Vorwärts“ muß jedoch eine recht
laute Natur sein, denn er die schlichten Worte, mit denen ich dies
getan habe, als „übertriebene Worte der Dankbarkeit“ tituliert.

Eine solche Bezeichnung ist es, wenn der „Vorwärts“ es so
darstellt, als ob meine Konstatierung, daß das Verbringen meines
Falles durch unsere Parteifreunde im Reichstage mit nichts geseh
hätte, bezweckt habe, die Rechtsozialisten zum Verbringen meines
Falles im Reichstage zu ermutigen. Wenn ich auch eine Weisheit
meines Vieles nicht zur Hand habe, so weiß ich doch aus der
Erinnerung, daß diese Konstatierung von mir aus deshalb erfolgt
ist, um zu verhindern, daß Landberg meinen Fall im Reichstage
vorträgt. Dies muß sich auch aus dem Inhalt des Briefes er-
geben. Ich habe mich auch in meinem Brief an Landberg nicht
darauf beschränkt, meinen eigenen Fall zu erzählen, sondern habe
ihn auch auf andere politische Maßnahmen, die ich in meiner
Garnison beobachtet hatte, hingewiesen und hierbei verschied
auch erwähnt, daß Derartige nicht möglich wäre, wenn die Wech-
selströme entschieden gegen derartige Maßnahmen Vorkes
erhoben hätte.

Daß ich, so schwer auch die geschwundene Körperregung meine
Familie und mich wirtschaftlich und gesundheitlich traf, darüber
meine Würde nicht verlor, mag die Tatsache zeigen, daß ich, als
ein sehr einflussreiches Mitglied der Reichswehrkommission mit ohne
mein Zutun keine Hilfe anbot, dies ablehnte. Auch der Vorstand
der Kammerkammer hatte sich mit meinem Fall beschäftigt. Keine
geschwundene Einzelnung und Juridiktur beim Militär war
genügend ausdrücklich damit motiviert worden, daß ich mich als Ver-
trädiger von Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin
bei den Militärbehörden mitleidig gemacht habe. Es wurde mir
dort in Rücksicht gestellt, daß man wahrscheinlich binnen vierund-
zwanzig Stunden Kommande schaffen könne, wenn ich gelassen
würde, daß die Verlegung meines Falles durch einen bürger-
lichen oder einen mehrheitspolitischen der Kammerkammer näch-
stehenden Abgeordneten erfolgen dürfte. Ich habe dies ausdrück-
lich abgelehnt. Wenn ich Landbergs Hilfe nicht verweigert habe,
so geschah dies nur deswegen, weil ich annehme, daß sie aus persön-
lichem Interesse erfolgte.

Vorteilhafte Darlegungen werden hoffentlich genügen, um
dortin zu können, welche Infamie es ist, mir nachzusagen, daß
ich, dem der Belagerungsstand fast drei Jahre meines Lebens
und seine ganze wirtschaftliche Existenz gelöhnt hat, an dem
„Missbrauch des Belagerungsstandes“ habe teilgenommen wollen.

Briefe liegen.

Durch die bürgerliche Presse geht folgende Notiz:

Am 2. Januar erschien Adolf Hoffmann noch seiner
Wiedergewinnung voller Tatendrang im Ministerium. Man
wies ihn darauf hin, daß seine Tätigkeit an dieser Stelle nicht
weiter gewünscht werde. Hoffmann verhielt sich zunächst durch-
aus hartnäckig, erklärte sich aber nach wiederholtem Ausdrück-
schließen bereit, das Feld zu räumen, wenn man ihm für
drei Monate das Gehalt zahle. Man sagte ihm zu,
daß ihm das Geld in der Wohnung gefandt werde, aber Hoff-
mann erklärte: „Darauf lasse ich mir nicht an, wenn ich nicht
in einer halben Stunde mein Geld habe, soll für mir erlösen.“
Das ganze Kultusministerium geriet in Bewegung. Aus allen
Kassen wurden die vorhandenen Bestände zusammengetragen.
Es gelang wirklich die 6000 Mark anzuzutreiben, die Hoffmann
für drei Monate beanspruchte. Man überreichte ihm das Geld,
er stellte sich ein, küßte sich in seinen Fingern und seine Volks-
tribunenwürde und schied mit den klaffenden Worten: „Hier
sieht mir keiner wieder.“

Wir brauchen kaum hinzuzufügen, daß die Geschicke von A bis
Z erstanden ist. In diese Reihen wissen, daß Adolf Hoffmann mit
den anderen preussischen Ministern der U. S. V. gemeinsam
sein Amt niederlegte. Hoffmann hat einer Reihe von Blättern
Verichtigungen zugesandt. Ohne Erfolg!

Hui Teufel!

Genossin Toni Eichhorn schreibt uns:

Wir haben es unter der sozialistischen Regierung im revo-
lutionären Deutschland herrlich weit gebracht: Der politische Gegen-
ner ist vogelfrei und die militärische und polizeiliche Schutztruppe
der Regierung darf ungehindert in die Wohnungen politischer Ver-
folgter eindringen und sie schmierigen Schweiß zu Boden stellen.
Kochend bereits am 12. Januar eine inhumanste Hausjagd in
meiner Wohnung hatgefunden, wurde sie in den folgenden
Tagen militärisch belagert und jeder Besucher bis zur Wohnung
verfolgt; ich selbst mußte mich mit meiner Tochter, um den Ver-
folgungen zu entgehen, aus der Wohnung entfernen und anders-

wo Schutz suchen. Wenn es abgemessen wurde, als sie der verlassenen
Wohnung einmal einen Besuch abstatte, an der Tür verhaftet
nach dem Kommando zu dem dort einquartierten Militärkommando
gebracht, und ihr widerwärtig die Wohnungsabschlüsse abgenom-
men. Seitdem schreit Militärkommando und Polizei nach Ver-
zicht in meine Wohnung zu kommen und zu warten, und zu
ihren Besuchen selbst Verstoß-Vordränger mitzunehmen, die
es nicht unter ihrer Würde sehen, bei diesem traurigen Geschäft
Hemmlangerdienste zu leisten. Am Tage nach der ersten Haus-
suchung wurde ein Schmod im „Berliner Tageblatt“ bereits zu
medien, wie es in meiner Wohnung aussieht, und in der Nummer
vom 21. Januar bringt die „Frankfurter Tageszeitung“ eine
wenn nicht dieser Art unter der perfiden Überschrift: „Der
Eichhorn als Kriegsgewinnler“. Dort wird erzählt, daß bei der
Durchsuchung meiner Wohnung die „sehr interessante Tatsache
festgestellt werden kann, daß Eichhorn als Kriegsgewinnler anzu-
sehen ist“. Die „Freiheit“ hält sich darauf, daß angeblich zwi-
schen alten abgetriebenen Wänden sich „wertvolle neugelaufte Ein-
richtungsgegenstände“ befänden. Der bedauerliche Schmod
scheint sehr beliebt gewesen zu haben, in meiner Wohnung befin-
det sich ein Möbelstück, das innerhalb der letzten 10 Jahre gekauft
wäre. Der „Kriegsgewinn“ meines Mannes besteht darin, daß er
für seine Friedensbestrebungen „den Monate in Amerikastand-
haft gefesselt und sich in dieser Unzulänglichkeit eine schwere Krank-
heit geholt hat, die ihn monatelang ins Krankenhaus stellte.“
Es ist gewiss, daß neue elegante Möbel in meiner Wohnung
herumliegen, ebenso wie es eine frische Niederdruckluft ist, von
einem Haufen schlauerer Wände und von dem „russischen“
Wind zu werden, den die Wohnung macht.

Wenn es heute in der Wohnung unordentlich aussehen sollte,
so kann das nur die Folge der Verhaftungen sein, die von den
Polizei- und militärischen Kommandos angerichtet wurden, welche
mit Hilfe der mörderischen Angehörigen Schweiß oder mit Hilfe
des Schweißes, der schon vor dem Einbruch der Wohnung aufbrochen
müßte, dort ein- und ausgehen. — Die „Frankfurter Tageszeitung“
schreibt ihre schändliche Notiz: „Hui Teufel!“ An der Tat: Hui
Teufel über eine so schmutzige politische Raubjagd!

Für Rosa Luxemburg.

Clara Zetkin sendet uns eine längere Aufschrift, in der
sie gegen einige Stellen in dem Gedächtnisbericht der Sozial-
demokratie über Rosa Luxemburg polemisiert. Wir können wegen
unserer außerordentlichen Raumknappheit die Ausführungen leider
nicht vollständig bringen. Frau Zetkin macht sich hauptsächlich gegen
die Bemerkung über die Raubjagd Rosa Luxemburgs und be-
merkt dazu:

Rosa Luxemburg hat auch den ärgsten Feind nicht ge-
spöndelt, wenn er ihrer ethischen Lebensregung nach zum Widerben
und Schicksal der proletarischen Massenlaune wurde. Die
Sache hat sie nicht über der Verison. Wohl sie es für ihre
Pflicht, trotz der Äußerungen zu kämpfen, so hat sie es mit
allen ihr zur Verfügung stehenden Waffen getan. Mit dem
großen Geschick erster Weltanschauung und reifer theoretischer
Einsicht, mit den wichtigsten Forderungen einer glänzenden
Dialektik, mit dem eleganten Humor der Ironie, des Witzes, des
Sporns. Sie hat sie sich jedoch unrichtig Waffen bedient. Rosa
Luxemburg war eine durch und durch vornehm Natur und un-
fähig, sich mit bloßem Vergeltende Waffen der Gemeinheit
zu gebrauchen, auch wenn solche gegen sie selbst zur Anwendung
kamen.“

In weiteren Ausführungen verteidigt Frau Zetkin die Tatkraft
Rosa Luxemburgs.

Die Stützen der Regierung.

Wie in der höheren Diplomatie, so umgibt sich die neue
Regierung mit Vorliebe auch in den unteren Stellen mit Männern
vom alten Stamm. So ist jetzt, wie bereits kurz mitgeteilt, in
der Presseabteilung der Kommandantur in Berlin jener
Dr. Vilsbeger mit der Leitung betraut worden, der vor der
Revolution sich seiner guten Beziehungen zu Herrn v. Tirpitz,
Gen. Admiralitätsrat Dr. Jellisch u. a. rühmte und der in seiner
Professur „U-Boot-Krieg und Kriegesende“ für den nächstfolgenden
U-Boot-Krieg eintrat. Als Mitarbeiter der „Tägl. Rundschau“
unterstützte er die Politik der Reaktion — und als Helfer Kossels
war er im Gegensatz zu den Soldatenräten in der Provinz
besonders unter den aktiven Unteroffizieren sehr die
freiwilligen Regierungstruppen und den Grenzschutz.

Während die Soldatenräte seiner unerwünschten Betriebsam-
keit energig entgegenzutreten, hindert das „sozialistische“
Regierung nicht, sich dieses willfährigen Helfers in steigendem Maße
zu bedienen.

Paul Lindau †.

Am Freitagabend ist Dr. Paul Lindau in seiner
Wohnung im Grunewald, nach kurzem Krankenlager
im 80. Lebensjahr gestorben.

Die Jugend, der Paul Lindau niemals wohl gesonnen war,
ist bereits mehr als fünfzigjährig geworden, und auf die natura-
listische ist eine andere Jugend gefolgt, die nur wenig noch von
dem Refektor der deutschen Journalistik weiß und von dem Dichter
Paul Lindau nichts mehr wissen will. Wenn sie wieder älter ge-
worden sein wird, wird sie sich vielleicht seiner erinnern und im
Rückbild seiner Persönlichkeit geredet werden. Paul Lindaus
Tod ist eine Lücke in das Lebendige der Zeit, aber sein Sterben
bedeutet das Aufhören einer Literaturgeneration, die jahrzehnte-
lang die deutsche Welt geistig geführt hat und auf weitere Jahr-
zehnte ihren großen, oft leider allzu großen Einfluß ausübte.

Paul Lindau hat seinen schätzigsten Gegner, Franz Mehring nur
um wenige Tage überlebt. Diese Gegnerschaft war nicht zufällig,
es war der Kampf zweier Menschen, in denen sich zwei Weltan-
schauungen bitter bekämpften. Lindau ganzes Schaffen und
Leben war bürgerlich und „gesellschaftlich“, sein Können ist damit
umgrenzt und seiner Kunst das Urteil gesprochen. Lindau, einst
wohl der meist ausgeführte und sicher einer der meist gelestenen
Autoren Deutschlands, konnte als bedeutender Dichter gelten,
solange es keine wirklichen Dichter bei und gab, ein bedeutender
Journalist ist er immer gewesen und als Journalist wird er
seine Bedeutung behalten. Die „Erinnerungen“ aus seinem
Leben, von denen zwei Bände bei Gotta in Stuttgart erschienen
sind, legen dieses Zeugnis dafür ab. Er ist allen Großen der
letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts begegnet, Größen der Politik
und der Kunst, — man lese, was er von Lassalle zu berichten weiß,
oder von Wilhelm Büch, vom Herzog von Meiningen, oder von
Hofen. Von allen erzählt er, und er erzählt von allen gut. Dies
Buch gibt Lindau ganz, wie er ist, und aus ihm lernt man auch
seine persönliche Liebenswürdigkeit, um die er von den Zeit-
genossen so besonders geschätzt wurde, kennen. Diese Liebenswür-
digkeit des genialen Gesellschaftsmenschen.

Lindau hat dabei eine scharfe Feder geführt. Seine Kan-
reuther Briefe vor allem, sein Kampf gegen Richard Wagner, der
ihn der Jugend von heute wieder nahebringen sollte, sind Beweis.
In der Kritik seiner Zeit, der Zeit vor dem Naturalismus, lag
seine beste Kraft. Seine Romane und seine Dramen haben und
nicht mehr, und wenn sie noch immer viel gelesen werden, so ist's
kein gutes Zeugnis für das Deutschland des 20. Jahrhunderts.

Paul Lindau, der Journalist, hat viel erlebt und ist beruflich
nie jemandem, der er als Dramaturg der Königlich-Schau-

spiele in Berlin eine heilige Ruhe fand, der seine Tätigkeit als
Dramaturg der „Gegenwart“ vorzuziehen. Aber nur den Alten
war er jung, jung auch noch als hoher Siebziger, nur ihnen war
er der fröhliche Genosse, weil er nur noch zu ihnen gehörte. Als
er noch vor wenigen Jahren in einen Kreis von Jungen geriet,
rief ihm einer zu: „Dr. Lindau, wie wird man ein Genie?“ Und
auf sein Staunen und Stutzen, fügte er lachend hinzu: „Sie
müssen es doch wissen, Sie sind es doch einmal gewesen!“ — Paul
Lindau mag verstanden haben, dann er verstand jeden wüßigen
Hieb und parierte ihn. Das war vielleicht seine größte Stärke.
Und um dieser Stärke willen, wird man ihn nicht vergessen.
Sie war zugleich die größte Stärke seines Journalismus.

„Luther“. — „Von morgens bis Mitternacht“. — „Burgas“.

Strindberg in der Volksbühne.

Strindbergs Luther-Drama, seine „deutsche Historie“ von der
„Königin von Witttemberg“, hat im ersten Kriegswinter die
Kraufführung im Künstlertheater erlebt. Wenn Friedrich
Ragler, der Luther von damals, das Werk unter seiner
Volksbühnen-Direktion neu auf die Bühne stellte, dann durfte
man auch Neues erwarten. Allein jetzt die vornehmste Forde-
rung Strindbergs, daß man seinen ganz Bildern die eigene Ver-
sicherungsform geben, daß man in Anlehnung an die Shakespeare-
Bühne oder an das Barocktheater des Hans Sachs „nahe
Decorationen“ schaffen möchte, auch die blieb unerfüllt. Hat
nicht Ernoth Dülberg noch vor wenig Monaten in „Rauch für
Rauch“ das Beispiel gegeben? Sah man damals nicht den Weg
offen auch für das Strindberg-Luther-Theater? Zugestanden,
daß der Witz dazu fähig war, daß Einiges in diesem guten Sinn
nach war: die Bühne hatte den unveränderlichen Rahmen eines
politischen Bogens. Aber der Rahmen war Bildern umgelegt, die
seine Erfüllung brachten. Die Farbe, das naive Mittel, eine
Bühne geistig zu durchdringen, fehlte. Das Schöne und Er-
neuern des Raumes war ausgeschlossen. Die Bilder waren ein-
fach, aber diese Einfachheit verlor ihre Wirkung, weil sie nicht
mitgehallte, und weil sie geübt wurde durch Kostüme, die
historisch waren, fast sich einzuordnen in die gleiche Realität.
Dornisch und Spensbergen, Baret und Mantelwurf, wie gern
hätte man sie vermehrt. Farbe hätte genügt. Das bodenmäßige Rot
des päpstlichen Legats: ist dafür Beweis genug.

Die Volksbühne leidet daran, daß sie den Stil nicht findet,
den sie sucht. Sie kann und wird ihn nicht finden, solange nicht

eine leitende Hand ihn aufrichtet und dem Ganzen gibt, was bis
jetzt nur Teile haben. Dr. Paul Wegland ist nicht der
Mann, der das vermöchte, weil er ein Regisseur ist, der nicht
schöpferisch ist. Ihm fehlt jede Kraft, das Neue, das da zum
Licht drängt, gestalten zu helfen, weil er selbst mitten im Alten
steht. Das Alte aber braucht ihn nicht. Die Volksbühne muß
suchen, daß sie ihren Regisseur findet, wenn sie nicht auf
Schäpferisches verzichten will.

Eine einzige Szene war da, die über alles Alltägliche hinaus-
wuchs, eine Szene, die kräftig war vom Luthergeist Strindbergs,
Ulrich v. Hutten, Franz Wenzler, und die gehörte Con-
stantia Feutinger, Johanna Hoyer, fanden sich gegenüber
und sprachen Menschlichkeit zueinander, Liebe und Vergebung.
Da war jedes Wort und jedes Fingerbiegen und Fandensätzen fern
vom Geizigen und Alltäglichen Aufgang eines neuen Theaters
war es, zwei Menschen falteten sich auf und nicht mehr nur zwei
Schauspieler. Nichts hätte sie, wie die volle Wirkung der Szenen
gedrückt wurde, wo der Staupe Stahl-Nachbauer sprechen
mußte, der groß im Wort und ganz aus dem Wort gebildet seine Mit-
spieler übertrug, von denen nur der Angler Spalatin (Hans
Brahm) gleichen Willens war.

Die Kunst Friedrich Raglers blieb fremd daneben.
Sein Luther glündete nicht, weil sie zwar Funken schlug, aber
keine Flammen. Er gab Leben von wirklichem Leben, aber nicht
das Liebenswürdigste des lebendigen Geistes, von Strindberg
schuf, als er die harten, großartigen Folgschnitte dieses Dramas
in den Buchbaumtod grub. Strindberg wollte keinen Naturalis-
mus äußern oder innerer Bewegung, und Ragler gab sie.
Daher war er in der Szene mit dem alten Luther allein ganz
wirklich, weil dort Strindberg am meisten von seinem Weg des
Stils abgeirrt ist. Zum Wort zurück und zu seiner Allmacht!

Zurück zu seiner Liebenswürdigkeit und seiner besessenen An-
wirklichkeit! Es ist fast unbegreiflich, daß derselbe Ragler, der
1910 in seiner Gedächtnisrede auf Josef Kainig seine eigene auf
dies Wort sprach, in der Provinz nicht zu lösen worgang, was er
sah dort theoretisch zur Aufgabe stellte. Die Jugend um ihn herum
kann es, und er selbst vermag. Würde auch Kainig heute verjagen?
Vielleicht es, daß eine junge Zeit gebieterisch und grausam
nur ihr Recht gelten lassen will!

Wie Ragler so verjagt auch der Dr. Johannes Faust
Gudido Herzfelds, der mystisch-magische Weltalter des
Strindbergschen Luthers. Der „graue Alte“ ist ein Mäulein
und nicht der unheimliche Geist. Das graue Männlein ist eine
vortreffliche schauspielerische Leistung aber vergriffen bleibt sie
dortum doch. Und so ging es mit mandem anderen Spielern des